

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Edelgard Bulmahn
MdB zum Kahlschlag
der Bundesregierung in
diesem Bereich: Frie-
densforschung nötiger
denn je.

Seite 1
Detlev von Larcher
MdB zu den Petersber-
ger Empfehlungen der
SPD-Führung: Die ge-
setzlichen Vorausset-
zungen für wirksames
Handeln sind gegeben.

Seite 5

47. Jahrgang / 167

1. September 1992

Friedensforschung nötiger denn je Zum Kahlschlag der Bundesregierung in diesem Bereich

Von Edelgard Bulmahn MdB
Stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-
Bundtagsfraktion

Die Bundesregierung will die Friedensforschung nicht weiter fördern. 1995 sollen die letzten Mittel aus dem Haushalt des BMFT gezahlt werden. Diese Planung der Bundesregierung ist forschungspolitisch kurz-sichtig, gesellschaftspolitisch verfehlt, sicherheitspolitisch riskant und völlig unannehmbar. Die Friedensforschung ist nach der Überwindung des Ost-Konflikts nicht überflüssig geworden. Sie ist angesichts der neuen Konfliktformationen, bei denen sich die politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimensionen von Sicherheit immer mehr überlagern, heute nötiger denn je. Die Kürzungen der letzter Jahre müssen deshalb rückgängig gemacht werden. Darüber hinaus muß die Förderung der Friedensforschung wieder auf eine solide Grundlage gestellt und dauerhaft abgesichert und ausgebaut werden. Sie muß die Breite der Forschungsansätze berücksichtigen und der strukturellen Gegebenheiten der Friedensforschung Rechnung tragen. Statt sich aus der Forschungsförderung zu verabschieden, muß die Bundesregierung deshalb ein umfassendes Förderkonzept zur Friedensforschung vorlegen.

Streichung der Fördermittel

Die Bundesregierung will die Förderung der Friedensforschung ganz einstellen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung vom 23. Juli 1992 auf meine Anfrage zu den Ansätzen der Mittel für Friedens- und Konfliktforschung in der mittelfristigen Finanzplanung hervor. Die mittelfristige Finanzplanung sieht für die kommenden Jahre eine Absenkung der Fördermittel auf 2,1 Millionen DM (1993), 940.000 DM (1994) und 470.000 DM (1995) vor. Für 1996 sind zwar noch DM 470.000 für die Finanzierung der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) ein geplant. Offensichtlich beabsichtigt aber das BMFT entgegen früherer Überlegungen nicht nur die Sondermittel für die Friedens- und Konfliktforschung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu streichen, sondern sich auch völlig aus der Finanzierung der AFB zurückzuziehen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling Paper



Die Förderung der Friedensforschung durch den Bund steht damit erneut zur Disposition. Nach der Zerschlagung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) durch die Bundesregierung und die unionsregierten Länder hatte die Bundesregierung bereits 1983 die kontinuierliche Weiterentwicklung der Friedensforschung abrupt abgebrochen. Die Fördermittel wurden innerhalb von nur zwei Jahren von 2,99 Millionen DM (1983) auf 1,18 Millionen DM (1985) gekürzt. Seither erreichte die Förderung nur noch in zwei Jahren - 1989 mit 3,25 Millionen DM und 1991 mit 3,3 Millionen DM - den Stand des Jahres 1982.

Insgesamt hat die Bundesregierung in kaum einem anderen Forschungsbereich den Rotstift so konsequent eingesetzt wie bei der Friedensforschung.

Real - in Preisen von 1985 - liegen die Aufwendungen für die Friedensforschung in diesem Jahr um 44,2 Prozent unter dem Niveau von 1982. Pro 100 DM, die der Bund für die Forschungsförderung bereitstellt, entfallen damit nicht einmal 1 1/2 Pfennig auf die Friedensforschung. 2,29 Millionen DM sind zugleich ein Betrag, den die Weltraumfahrt alle 11 Stunden verschlingt oder den der Verteidigungsminister innerhalb von knapp 6 Stunden für die militärische Forschung ausgibt. 1982 benötigte der Verteidigungsminister noch 11 Stunden, um den Jahresetat der Friedensforschung zu verbrauchen. Hätten sich die Ausgaben für die Friedensforschung relativ genauso entwickelt wie die Ausgaben für die militärische Forschung, so müßte der Haushaltsansatz 1992 nicht bei 2,29 Millionen DM, sondern bei 4,44 Millionen DM liegen.

Dies unterstreicht zugleich in welchem Umfang die Bundesregierung die Weichen in der Forschungspolitik falsch gestellt hat. Während die Ausgaben für die Erforschung, Entwicklung und Erprobung neuer Waffensysteme nach 1982 ständig ausgeweitet wurden und bis 1990 auf die Rekordmarke von 3,98 Millionen DM (64,6 Prozent mehr als 1982) kletterten, wurden die Mittel für die Friedensforschung zusammengestrichen und haben allenfalls marginale Bedeutung.

Friedensforschung unverzichtbar

Die Absicht der Bundesregierung, die Mittel zur Förderung der Friedensforschung zu streichen, steht in krassem Gegensatz zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion "Stand und Perspektiven der Friedens- und Konfliktforschung" vom 16. April 1992. Dort bezeichnete die Bundesregierung die Friedensforschung noch als "unverzichtbar" und sagte zu, daß "sie diesen Forschungsbereich daher weiterhin fördern wird". Zugleich hob sie die besondere politische, gesellschaftliche und wissenschaftliche Bedeutung der Friedensforschung hervor. Die Friedens- und Konfliktforschung habe "mit ihren Impulsen die öffentliche Auseinandersetzung über Frieden, Sicherheit und Bedrohung versachlicht." Sie könne darüber hinaus "mit ihren Fragestellungen und Erkenntnissen wichtige Hilfen" bei der Verbreitung des Friedensgedankens und der Erziehung zum Frieden geben. Schließlich benötige die Bundesregierung für die in der Erhaltung des Friedens oberstes Ziel der Politik sei, "auf dem Weg zu diesem Ziel (...) hochrangigen Rat und Kritik der Wissenschaft. Deshalb hält die Bundesregierung Friedens- und Konfliktforschung für unverzichtbar."

Neue Herausforderungen und Dimensionen der Friedenssicherung

Von alledem will die Bundesregierung nun nichts mehr wissen. Sie scheint zu dem Ergebnis gekommen zu sein, daß mit dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West die Friedensforschung überflüssig geworden ist. Wie sie bereits in der Antwort zu der Kleinen Anfrage zur Rechtfertigung der Kürzungen im laufenden Haushalt ausführte, "muß auch in vielen anderen Bereichen gespart werden, so daß nicht immer alle Projekte finanziert werden können. Darum muß man - insbesondere in Zeiten der Abrüstung - auch mit Kürzungen in diesem Bereich leben."

Das istbarer Unsinn. Es zeigt, daß die Bundesregierung die grundlegend veränderten Rahmenbedingungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik, die sich mit der Auflösung des Ost-West-Konfliktes, der demokratischen Öffnung der Länder Osteuropas und dem Zerfall der UdSSR ergeben haben, nicht begriffen hat. Sicherlich ist die Gefahr eines Atomkriegs und damit einer atomaren Vernichtung der Menschheit drastisch gesunken. Auch waren die Chancen für die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung und einer neuen Weltordnung, die sich auf den erklärten Willen zur Zusammenarbeit gründet, noch nie so groß wie jetzt.

Die Sache des Friedens ist damit allerdings noch lange nicht zu einem Selbstläufer geworden. Auf welch dünnem sicherheitspolitischen Eis wir uns zur Zeit bewegen, haben nicht zuletzt der Golfkrieg, der Bürgerkrieg in Jugoslawien und die Nationalitätenkonflikte in den Staaten der GUS deutlich gemacht. Krieg und Gewalt sind wieder hoffähig geworden und werden als legitimes Mittel der Politik angesehen, wo Politik im Grunde versagt hat.

Die politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimensionen von Sicherheit überlagern sich immer stärker und lassen neue Konfliktformationen in den Vordergrund treten. Der Umbruch in Osteuropa und der früheren Sowjetunion hat alte Nationalitäten- und Religionskonflikte wieder aufbrechen lassen. Die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme der ehemaligen RGW-Staaten beim Übergang zur Marktwirtschaft und ihrer Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft gefährden nicht nur den Demokratisierungsprozeß, sie verschärfen zugleich die sozialen, ethnischen und religiösen Spannungen.

Neben die Herausbildung neuer Konfliktherde in den früheren Ostblockstaaten treten die durch den Ost-West-Konflikt nur notdürftig überdeckten globalen Probleme. Die dramatische Lage der Entwicklungsländer und die sich zuspitzende globale Umweltkrise bergen ein nicht zu unterschätzendes Krisen- und Konfliktpotential. Ohne die Lösung der Umweltprobleme, ohne die Verringerung des exzessiven Energie- und Rohstoffverbrauchs, ohne die erfolgreiche Bekämpfung von Hunger und Elend in den Ländern der Dritten Welt, ohne den Abbau der ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte zwischen West- und Osteuropa und die Bewältigung der mit der Abrüstung einhergehenden wirtschaftlichen Probleme wird es keinen dauerhaften Frieden geben können.

Neudefinition der Friedens- und Sicherheitspolitik überfällig

Die globalen Herausforderungen und die neuen Gefährdungen des Friedens erfordern eine grundlegende Neudefinition der Sicherheits- und Friedenspolitik. Militärische Mittel können in den vielschichtigen Problemlagen der Gegenwart weniger denn je Sicherheit gewährleisten. Gegen unsichtbare Feinde wie die Verschmutzung unserer Atemluft oder die Vergiftung unserer Gewässer helfen keine Soldaten, Panzer, Raketen oder Bomben. Gegen den Fall-out von Tschernobyl läßt sich mit Soldaten nichts ausrichten. Polizei und Soldaten an den Grenzen können die Ursachen von Flüchtlingsströmen und Armutswanderungen nicht beseitigen. Die Sicherheitsrisiken von Kernreaktoren, die Folgen einer grenzenlosen Ausbeutung der Natur tragen alle. Die politischen und sozialen Konsequenzen von Armut, Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung in den Ländern der Dritten Welt werden durch massenhafte Wanderungs- und Fluchtbewegungen oder durch die Ausbreitung organisierter Kriminalität (Drogenhandel) nach Europa getragen und führen hier zu neuen gesellschaftlichen Spannungen und zu einem Anwachsen von Rassismus und Rechtsextremismus. Treibhauseffekt, saurer Regen oder radioaktive Wolken unterscheiden nicht nach Freund und Feind, nach Verursachern und Betroffenen. Sicherheit ist unteilbar. Sie kann nicht länger gegeneinander erübt werden. Sie erwächst nicht aus Gewehrläufen. Sie kann nur gemeinsam durch eine umfassende Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen und durch Maßnahmen einer vorbeugenden Friedenssicherung geschaffen werden.

Friedensforschung nötiger denn je

Die Friedensforschung ist, daran kann es keinen Zweifel geben, auch mit der Überwindung des Ost-Konfliktes nicht überflüssig geworden. Die Erforschung der Ursachen und Umstände, die den Frieden in der Welt bedrohen und die Ermittlung der Bedingungen für die Sicherung bzw. die Herstellung des Friedens hat mit den veränderten Rahmenbedingungen und den neuen Herausforderungen der Friedens- und Sicherheitspolitik vielmehr noch an Bedeutung gewonnen. Die Senatskommission für Friedens- und Konfliktforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft betont in ihrer Stellungnahme zu der Zusammenstreichung der Fördermittel für 1992 zu Recht, daß die Beiträge der Friedensforschung "geradezu unverzichtbar in einer historischen Phase, in der die zunehmende Zahl regional sich entwickelnder Konflikte befriedet und die Entstehung zukünftiger kriegerischer Auseinandersetzungen verhindert werden müssen. Die interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung ist wie kein anderer Wissenschaftszweig geeignet, zu diesen Zwecken die Erfahrungen systematisch aufzuarbeiten und auf dieser Grundlage die aktuelle Politik einschlägig zu beraten."

Bereits in den vergangenen beiden Jahrzehnten Ihrer öffentlichen Förderung hat die Friedensforschung der Politik wesentliche Anstöße und Impulse geliefert. Hierzu zählt die Aufdeckung der Zusammenhänge zwischen innergesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Gewaltanwendung, zwischen offener und verdeckter struktureller Gewalt. Hierzu gehört aber auch die Entwicklung neuer sicherheitspolitischer Strategien und Institutionen, wie die Konzepte der defensiven Verteidigung und der vertrauensbildenden Maßnahmen, die zur Grundlage der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurden, sowie der Konversion von militärischen und rüstungswirtschaftlichen Strukturen in zivile. Die Friedensforschung hat darüber hinaus frühzeitig auf die Gefährdungen der internationalen Sicherheit hingewiesen, die von der Verschärfung des Armutgefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und der Zuspitzung der globalen Umweltprobleme ausgehen.

Friedensforschung ausbauen und dauerhaft absichern

Diese neuen friedenspolitischen Aufgaben und Herausforderungen treffen die Politik weitgehend unvorbereitet. Bitter rächt sich jetzt, daß die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die Förderung der Friedensforschung nahezu zum Erliegen gebracht hat und die Debatte um Konzepte nicht-militärischer Sicherheit schwer vernachlässigt hat. Eine forschungspolitische Kurskorrektur ist daher unabdingbar. Die Förderung der Friedensforschung muß endlich den Stellenwert erhalten, der ihrer politischen und sozialen Bedeutung entspricht. Die Förderung der Friedensforschung darf deshalb nicht von politischen Zufallskonstellationen und dem politischen Wohlwollen der jeweils Regierenden abhängig bleiben. Sie ist wie jede andere Wissenschaft auf Langfristigkeit, Kontinuität und Verlässlichkeit der Förderpolitik angewiesen. Sie bedarf zudem einer ausreichenden institutionellen Förderung, die es ihr erlaubt, Themen unabhängig von der politischen Opportunität nachzugehen. Der Bund, in dessen Zuständigkeit die Außen- und Sicherheitspolitik fällt, kann und darf sich seiner Verantwortung für eine ausreichende und angemessene Förderung der Friedensforschung nicht länger entziehen.

Die Förderung der Friedensforschung muß deshalb dringend auf eine neue Grundlage gestellt werden, die die Breite der Forschungsansätze berücksichtigt und den strukturellen Gegebenheiten der Friedensforschung Rechnung trägt. Die Mittelkürzungen der vergangenen Jahre müssen rückgängig gemacht werden und die Haushaltsansätze in den kommenden Jahren ausgeweitet und verstetigt werden.

Gerade in Anbetracht der neuen und zugleich noch weitgehend offenen sicherheitspolitischen Konstellation ist die Beschäftigung mit Fragen der Friedenssicherung, die Analyse von Konfliktursachen, die Entwicklung von Konzepten der Konfliktregulierung und der Friedenssicherung keineswegs überflüssig geworden. Sie ist nötiger denn je.

Eine gut ausgebaute und breit angelegte Friedensforschung ist deshalb aus sicherheits-, forschungs- und gesellschaftspolitischen Gründen schlichtweg unverzichtbar. Eine Gesellschaft, die an der Friedensforschung spart, beraubt sich ihrer Zukunft.

Unbeirrt von der veränderten Sicherheitslage bleiben die Ausgaben für die Erforschung, Entwicklung und Erprobung neuer Waffensysteme auf Rekordhöhe. Mit Milliarden DM will die Bundesregierung im laufenden Jahr jede vierte Mark, die der Bund für Forschung und Entwicklung ausgeben will, in die Rüstungsforschung stecken. Dies sind 65,9 Prozent mehr als 1982 auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdiskussion. Großprojekte wie der Jäger 90 oder der Panzerabwehrhubschrauber (PAH2), werden auch nach den neusten Bundeswehrplanungen weitergeführt, obgleich sie auf sicherheitspolitischen Konzeptionen und Bedrohungsanalysen der 70er und der frühen 80er Jahre beruhen. In welchem Ausmaß falsche Weichenstellungen gestellt wurden, zeigt das Beispiel Jäger 90.

So lieb und teuer der Bundesregierung der Ausbau der militärischen Forschung ist, so unlieb und billig ist ihr die Friedensforschung. Nachdem die christdemokratische Bundestagsopposition und die Landesregierungen die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) mit absurden Kampagnen und üblen Verleumdungen stummreif geschossen hatten, folgte nach dem Regierungswechsel 1983 das Aus für die DGFK und die institutionell abgesicherte Friedensforschung.

(-/1. September 1992/rs/ks)

Die gesetzlichen Voraussetzungen für wirksames Handeln sind gegeben
Zu den Petersberger Empfehlungen der SPD-Führung

Von Detlev von Larcher MdB

Die Menschen in unserem Land verlangen angesichts der Probleme, die durch den wachsenden Flüchtlingsstrom entstehen von den Politikern Handeln statt fruchtloser Diskussionen. Und in der Tat, es kann gehandelt werden, die gesetzlichen Voraussetzungen sind vorhanden:

1. Die Möglichkeiten des Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens müssen sofort umgesetzt werden. Das heißt, der Bundesinnenminister sollte sofort die Asylverfahren in die Hand der Bundesbehörde legen und damit die Doppelzuständigkeit der Behörden beenden. Damit könnten die Verfahren auf sechs bis acht Wochen verkürzt werden. Danach, beziehungsweise nach dem Rechtsweg in nur noch einer Instanz mit verkürzten Fristen, können die abgeschoben werden, die nicht Verfolgte sind.
2. Für diese sechs bis acht Wochen der Verfahrensdauer müssen endlich leerstehende Kasernen für Sammelunterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Es ist ein Skandal, daß sich der Bund immer noch weigert, dies zu tun.

Diese beiden Maßnahmen alleine würden die Gemeinden wirkungsvoll entlasten. Nach Einschätzung der Fachbehörden würden damit um die Hälfte weniger Bewerber in den Gemeinden unterzubringen sein. Dafür braucht es keinerlei Gesetzesänderungen, nur Anweisungen der Bundesregierung.

3. Die 300 bis 400 tausend Altfälle müssen endlich abgearbeitet werden, die im Bundesamt "auf Halde" liegen und den "Flaschenhals" des Asylverfahrens verstopfen. Dies hätte längst geschehen müssen.
4. Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge gehören nicht in das Asylverfahren. Sei wollen kein Asyl, sondern ein befristetes Aufenthaltsrecht, bis sie wieder nach Hause können. Hier bedarf es lediglich einer Vereinbarung des Bundes mit den Ländern über die Kostenübernahme. Die Länder sind dazu bereit, warum nicht der Bundesinnenminister? Er schickt die armen Menschen in das Asylverfahren, weil damit die Länder die Kosten alleine tragen müssen. Welch ein Unsinn! Denn durch die wachsende Zahl der Verfahren verlängert sich noch deren Dauer.
5. Die Schlepperorganisationen müssen wirkungsvoll und in internationaler Zusammenarbeit energisch bekämpft werden. Wer Menschenhandel betreibt, gehört hinter Gitter.
6. Das Verfahren von Straftätern unter den Asylbewerbern sollte unverzüglich zum Abschluß gebracht werden. Liegt kein Asylgrund vor, muß man sie sofort abschieben. Liegt ein Asylgrund vor, müssen sie nach den geltenden Strafgesetzen bestraft werden. Auch hier bedarf es keinerlei gesetzlicher Veränderungen, nur einer Anweisung des Bundesinnenministers an die Bundesbehörde.

7. Die Bundesregierung muß schließlich mit Nachdruck mit den europäischen Ländern über eine gemeinsame Regelung verhandeln, damit die Lasten der Fluchtbewegung auf die wohlhabenden Ländern einigermaßen gerecht verteilt werden. Hier fehlt es der Bundesregierung an Entschlossenheit. Sie kaschiert dies durch faule Ausreden.
8. Wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz, das die Zuwanderung regelt und damit sozialverträglich gestaltet und begrenzt. Wenn einer der nach Deutschland einreisen will, weiß, daß er auch die Möglichkeit hat, legal einzuwandern, mit einem Antrag aus dem Heimatland, ist er auch bereit, ein Jahr oder länger zu warten. Wenn er auf der anderen Seite weiß, daß er als Asylbewerber nach sechs bis acht Wochen ausgewiesen wird, falls er nicht Verfolgter ist und dann keinen Einwanderungsantrag mehr stellen darf.
9. Die Länder sollten nach dem Muster Niedersachsens Flüchtlingswohnheimprogramme auflegen: das Land bezahlt über den Tagessatz für Heimbewohner den Bau von Heimen für circa 100 Flüchtlinge und zwei sozialpädagogische Betreuer je Heim. Die Erfahrung mit 80 Heimen und 6.250 Heimplätzen zeigt, daß es in und um solche Heime verhältnismäßig wenig Probleme gibt, weil die meisten durch die Betreuer aufgefangen werden. Natürlich gibt es bei jedem Standort, der für ein solches Heim vorgeschlagen wird, Probleme mit den Anwohnern. Aber weit mehr Probleme gibt es, wenn Sport- oder Schützenhallen oder Feuerwehrrhäuser spontan und ohne Betreuer belegt werden müssen, weil es in der Akuten Nottage keine anderen Möglichkeiten gibt.

Alle neun Punkte können sofort in Angriff genommen werden. Der Eindruck drängt sich auf, die Bundesregierung tue bewußt nichts, um den Druck für eine Grundgesetzänderung zu verstärken, die die CDU seit langem fordert. Sonthofenstrategie auf dem Rücken verfolgter Menschen!

Ich fordere alle nach unserer staatlichen Ordnung zum Handeln Befugte auf, sofort nach diesen neun Punkten zu handeln und mit der unfruchtbaren Diskussion um eine wirkungslose Grundgesetzänderung Schluß zu machen.

Zur Frage des Einsatzes deutscher Soldaten bei UNO-Einsätzen meine ich: Der Parteitag in Bremen hat nach langer, sorgfältiger Diskussion einen eindeutigen Beschluß gefaßt: Blauhelme und sonst nichts.

Björn Engholm sagte dazu (laut Protokoll S. 498) in einer nachlesenswerten Rede unter anderem folgenden Satz: "Wenn es einen Abgeordneten, weiblichen oder männlichen Geschlechts, gäbe, der bei den Debatten über die Verfassungsreform von Beschlüssen dieses Parteitages abzuweichen, wäre beim nächsten Mal mit Sicherheit politisch tot und nicht mehr dabei." Dabei soll es bleiben.

(-/1. September 1992/rs/ks)
